

Hermann J. Schaaf
Gemeinwesenbüro der Evangelischen
Gemeinde zu Düren

Lebensqualität vor Ort verbessern

Wie werden Bewohnerschaften zu handlungsfähigen Akteuren?

Um in den Genuss der ressortübergreifenden Förderung zu kommen, verlangt das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ von den Kommunen, dass sie stadtteilbezogene integrierte Handlungskonzepte aufstellen, wozu auch die Bewohnerbeteiligung und –aktivierung in den benachteiligten Gebieten gehören. Der Umsteuerungsprozess wird programmatisch als „Erneuerung von unten“ beschrieben, wobei die Bewohner/innen „die Entwicklung ihrer Stadtteile selbst in die Hand nehmen sollen“. Neben der Lokalpolitik, der Stadtverwaltung, Wohnungsbau-gesellschaften und örtlichen Institutionen sollen auch die Bewohnerschaft zum Akteur werden – ein hoher Anspruch, da es die Bewohnerschaft als „handlungsfähiges Subjekt“ im Regelfall nicht gibt. Wie soll dieses „Konstrukt“ aussehen und was muss geschehen, damit so etwas in benachteiligten Gebieten entsteht?

Aufbau von eigenständigen Interessen- vertretungen

Mit dieser Frage und deren praktischer Umsetzung beschäftigt sich das Büro für Gemeinwesenarbeit der Evangelischen Gemeinde zu Düren (GWA-Büro) seit Anfang der 80er Jahre. Der Schwerpunkt unserer Tätigkeit war von Beginn an ausgerichtet

auf benachteiligte Stadtteile, in denen die Lebensqualität z.B. durch schlechte Wohnbedingungen oder eine unzureichende Infrastruktur spürbar eingeschränkt war. Das GWA-Büro unterstützt und berät Bewohner/innen (unzufriedene, empörte, motivierte ...) beim Aufbau eigenständiger Interessenvertretungen bzw. Bürgergruppen, die auf Dauer zusammenarbeiten und eine möglichst breite Beteiligung ermöglichen. Den von uns praktizierten Arbeitsansatz nennen wir heute „Gemeinwesenarbeit als Organisationsberatung“. Es geht um die Entwicklung angemessener Organisationsformen, die den Möglichkeiten und Fähigkeiten der beteiligten Bewohner/innen entsprechen und die sich an demokratischen Prinzipien orientieren.

Spezielles Know-how

Um diese Ziele zu erreichen, hat das GWA-Büro in den vergangenen Jahren ein spezielles Know-how entwickelt, das einer ständigen Reflexion bedarf, da die Verhältnisse vor Ort sehr unterschiedlich sind, z.B. was die Größe der Wohnquartiere anbetrifft, oder sich durch Fluktuation die Zusammensetzung der Bewohnerschaft ändert. So ist beispielsweise auch immer wieder die Frage zu stellen, ob die einmal entwickelten Organisationsformen noch geeignet sind, die formulierten Ziele und angestrebten Verbesserungen auch zu erreichen.

Mit dem jüngsten Projekt „Wohnquartiersbezogene Aktivierung in Düren Süd-Ost“ ist es gelungen, Aufnahme in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ zu finden, das eng an das bereits 1993 aufgelegte NRW-Handlungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ anschließt. Das GWA-Büro erhielt 1999 den Auftrag, die Bewohner/innen wohnquartiersbezogen beim Aufbau von eigenständigen Interessenvertretungen zu beraten. Es geht nicht darum, möglichst schnell angebotsorientierte Projekte zu entwickeln, sondern im Stadtteil mit den Bewohner/innen neue Strukturen aufzubauen oder vorhandene zu stärken, damit die Bewohnerschaften zum Akteur werden und den Veränderungsprozess aktiv mitgestalten.

Erfolgreiche Arbeit des Bürgervereins Satellitenviertel e.V.

Die erste selbständige Interessenvertretung entstand im Dürener Satellitenviertel. Im Laufe seiner Geschichte wurde der Bürgerverein Satellitenviertel e.V. zu einer der größten Bewohner/innen-Selbstorganisationen in der BRD. Für seine erfolgreiche Arbeit erhielt der Bürgerverein 1999 unter 187 Bewerbern den 1. Preis in einem bundesweiten Wettbewerb des Vereins Aktive Bürgerschaft e.V. mit Sitz in Münster. Das Schaubild gibt einen Einblick in den Aufbau und die verschiedenen Aktivitäten des Bürgervereins.

Die Arbeitsgruppen agieren selbständig und treffen satzungsgemäß die Entscheidungen, die für die Erledigung ihrer Aufgaben notwendig sind. Bei umfangreichen Aktionen, die risikobehaftet sind und einen ho-

hen Arbeits- und Organisationsaufwand nach sich ziehen, z.B. Verweigerung einer Mieterhöhung mit Hunderten von Familien, und kostenaufwendigen Vorhaben sind vorher Beschlüsse der Mieterversammlung einzuholen.

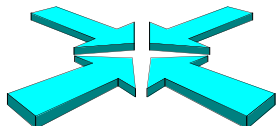
Jede Arbeitsgruppe wählt eine/n Vertreter/in und eine/n Stellvertreter/in, die die Arbeitsgruppe nach außen und im Gesamtvorstand vertreten. Der Gesamtvorstand ist zuständig für alle Aufgaben und Fragen, die nicht von den Arbeitsgruppen abgedeckt werden. Der geschäftsführende Vorstand ist lediglich ausführendes Organ, hat jedoch wichtige Aufgaben wahrzunehmen, z.B. die Vorbereitung des Gesamtvorstands, der inklusive der zwei beratenden Mitglieder (Berater/innen des GWA-Büros/von der Jahreshauptversammlung gewählt) insgesamt zwölf Personen umfasst.



In den vergangenen Jahren sind die Aufgaben des GWA Büros vielfältiger geworden und das Wirkungsfeld wurde erweitert. Heute gehören zu unserem Büro 10 Kolleginnen und Kollegen, davon 8 Gemeinwesenarbeiter/innen mit einem Beschäftigungsumfang von 6,0 Stellen.

Der Bürgerverein heute

Aufbau und Aktivitäten



Jahreshauptversammlung oder außerordentliche Mitgliederversammlung

Mietersammlung (1 x monatlich)

Gesamtvorstand (Treffen 1 x monatlich) bestehend aus:

Geschäftsführender Vorstand 1. und 2. Vorsitzende/-r sowie zwei Kassierer/-innen und

je zwei Vertreter/-innen aus Arbeitsgruppen sowie zwei beratende Mitglieder

Mieterat

Arbeitsgruppen:

Sprechstunde

Mieten

Bürgerhaus

Grabeland

Geselliges

Kinder- und Jugendabteilung



Ist eine selbständige Interessenvertretung der Bewohnerschaft des Satellitenviertels



ihm gehören mittlerweile über 500 Familien als Mitglied an



Ist eine der größten Bewohner/-innen – Selbstorganisationen in der Bundesrepublik



vertritt die Belange der Bewohnerschaft gegenüber Behörden, Institutionen und in der Öffentlichkeit



Bemüht sich um mehr Nachbarschaft und Gemeinschaft im Viertel



Setzt sich ein für bessere Freizeitangebote, führt Familienwochenenden, Bildungsurlaube und multikulturelle Reisen durch



Bietet 2 x wöchentlich Sprechstunden an, 5 x Hausaufgabenhilfe, Bastelnachmittage und jährlich eine zweiwöchige Ferienaktion



veranstaltet Sommerfeste, Weihnachtsfeiern und Tanzabende



Verwaltet 28 Stadtrandgärten



setzt sich ein für mehr und bessere Kinderspielplätze sowie für Treffpunkte für Jugendliche und Erwachsene



Bereitstellung von Räumen für Aktivitäten der BewohnerInnen und für private Feiern

Der Bürgerverein erreicht auch Verbesserungen in Zusammenarbeit mit gemeinsamen Aktionsbündnissen auf – und Kreisebene:



Aktionsgemeinschaft **KESS**, mit der Interessengruppe Sozialhilfe e.V. und dem Arbeitslosenzentrum Düren e.V. zur Erreichung von Verbesserungen für alle Sozialhilfeempfänger/-innen im Kreisgebiet

Bündnis Dürener Wohnvereine

Regionale Armutskonferenz und **Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit** im Kreis Düren zur Herstellung von Öffentlichkeit zur Armutproblematik und Gesprächen mit Verwaltung und Parteien

Stand: 2/2001

Keine Stellvertretung

Gemeinwesenarbeit, wie wir sie verstehen, ist im Wesentlichen das Tätigwerden der Bewohnerschaft, wobei die Außenvertretung durch die gewählten Bewohnervertreter/innen selbst wahrgenommen wird.

Die Mitarbeiter/innen des GWA-Büros handeln nicht stellvertretend für die Bewohnerorganisation, sondern beraten und unterstützen sie im Innenverhältnis, z.B. in den Arbeitsgruppen, wenn es um die Planung von Aktionen oder die Vorbereitung von Verhandlungen geht.

Unsere Aufgaben gehen über den bekannten Arbeitsansatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ hinaus und beinhalten im Wesentlichen Aufbauarbeit und Aktivierung, Organisationsberatung, Strategie- und Taktikberatung sowie Recherchen und Hintergrundarbeit. Je nach Entwicklungsstand werden unsere Beratungsleistungen wie auch die Verantwortlichkeiten der Bewohnerschaft geklärt und die Verteilung der Aufgaben ausgehandelt.

Dies erfordert auf Beraterseite ein hohes Maß an Rollenklarheit, nicht selten stolpern wir über unsere eigene Sozialarbeiter-Geschichte und geraten in die Rolle des Fürsorgers, der für alles Verständnis hat und zu früh aufhört zu fragen, was der andere aus eigener Kraft selbst tun kann. Dafür reichen deklaratorische Erklärungen nicht aus, neben Haltung (Neugierde) und Menschenbild (aufrechter Gang) ist auf Beraterseite ein hohes Maß an Kommunikationsfähigkeit, Erfahrung und Flexibilität erforderlich.

GWA = Organisationsberatung

Nach unseren Erfahrungen brauchen Bewohnerorganisationen je nach den vorhandenen Ressourcen und je nach Komplexität der Situation oder Fragestellung mehr oder weniger Unterstützung im Sinne von Organisationsberatung. Organisationsberatung stellt nicht die Souveränität der Organisation in Frage. Schließlich nehmen auch gut bezahlte Manager Beratung von außen in Anspruch. Dann können auch Bürger/innen, die sich ohne besondere Vorbildung in ihrer Freizeit für hoch komplexe Problemlösungen engagieren – manchmal geht es auch schon mal um eine Million, Beratung in Anspruch nehmen, ohne dass damit ihre Selbständigkeit in Frage gestellt wird. Dabei ist es jedoch wichtig, dass die Berater immer wieder ihre Rolle und ihren Auftrag (und ihre begrenzten Möglichkeiten/Einfluss) transparent machen und sich aus den Entscheidungen, die von Bewohnerseite zu treffen sind, sowie den Außenvertretungsaufgaben konsequent heraushalten.

Dieses Rollenverständnis verträgt sich nicht mit den sogenannten „intermediären Instanzen“, die sich selbst als Vermittler zwischen der Lebenswelt im Stadtteil und dem Rathaus, der Verwaltung etc. definieren, ohne dass darüber ein Auftrag von Seiten der Bewohnerschaft eingeholt wurde. Dabei wird nach unserem Dafürhalten auch der Frage zu wenig Beachtung geschenkt, welche Effekte dadurch letztlich erzielt werden und insbesondere welchen Gebrauchswert sie aus Bewohnersicht haben. Es geht nicht um Schwarz-Weiß-Malerei, sondern um die differenzierte Betrachtung, dass es neben der Einrichtung von „intermediären Instanzen“ auch andere GWA-Konzepte gibt, die sich in der Praxis bewährt haben.

„Die jetzige Organisationsstruktur des Bürgervereins berücksichtigt die unterschiedlichen Interessen der Bewohnerschaft und führt sie unter ein Dach zusammen. Jede Altersgruppe, jede Nationalität im Viertel ist beteiligt und eingeladen zur Mitarbeit. Alle wichtigen Entscheidungen werden von der Mieterschaft gemeinsam getroffen ...“

„Heute ist der Bürgerverein in ganz Düren bekannt und wird als eigenständige Interessenvertretung der Bewohnerschaft anerkannt und ernst genommen. Durch seine langjährigen Aktivitäten hat er mit dazu beigetragen, dass durch solidarisches Handeln und Hilfe auf Gegenseitigkeit spürbare Verbesserungen für unser Viertel und darüber hinaus erreicht werden konnten ...“

Auszüge aus der Rede des Bürgervereinsvorsitzenden H. Blatzheim anlässlich der Preisverleihung am 24.11.1999 in Münster

Bewohnerorganisationen können eine größere Durchsetzungs- und Gestaltungskraft entwickeln, wenn sie klug agieren und sich ihre Unabhängigkeit bewahren. Sie sind authentischer, unterliegen keiner Weisungsbefugnis, können souverän handeln, phantasiereiche Aktionen entwickeln und den direkten Weg zur Entscheidungsinstanz gehen, ohne in den Amtsmühlen zerrieben oder den Vorzimmern von Wohnungsbaugesellschaften zu versauern.

Für den Aufbau selbständiger Bewohnerorganisationen sind professionelle Beratungskapazitäten erforderlich, sowohl was den Umfang als auch die Qualifizierung anbetrifft.

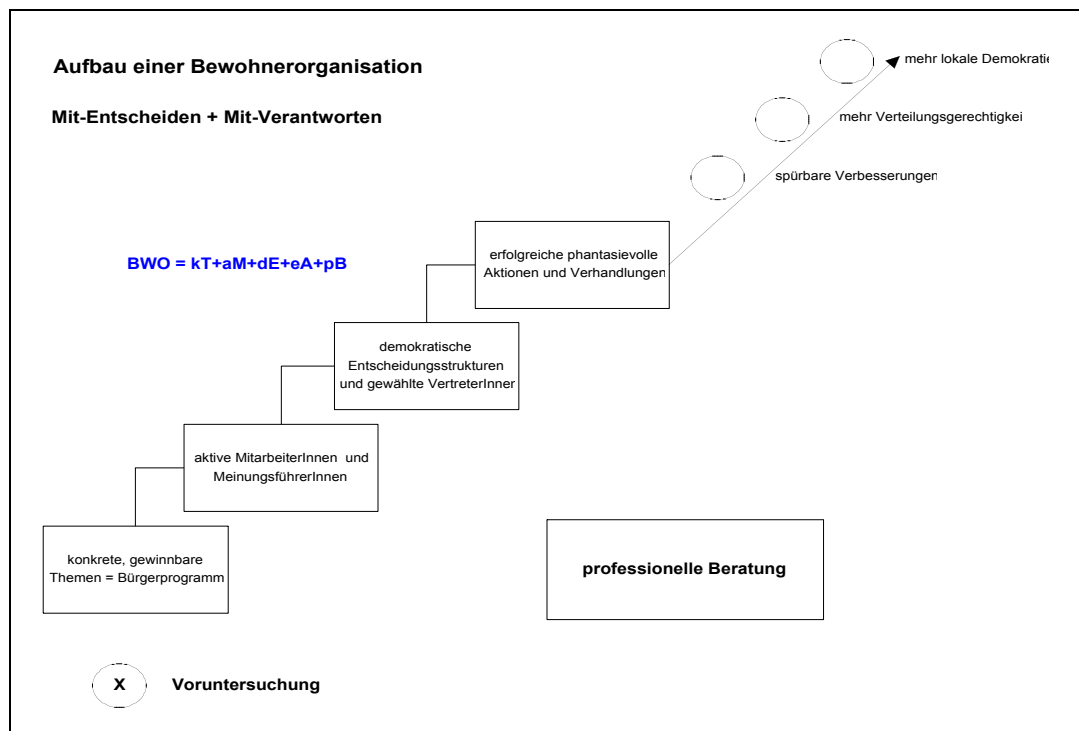
Verkannt werden sollen dabei nicht die Schwierigkeiten und alltäglichen Unabwägbarkeiten, die den Aufbau von Bewohnerorganisationen erschweren können (Überforderung der aktiven Bewohner/innen wie auch der Berater/innen, ausbleibende Erfolge, Größe des Gebiets, Fluktuation, Alleingänge einzelner Bewohnervertreter/innen, Unsicherheit in der Beraterrolle, voreilige Übernahme von Aufgaben, die in den Verantwortungsbereich der Bewohnerorganisation fallen ...).

GWA-Bausteine

Wir fangen in einem Gebiet immer da an, wie die Situation ist und nicht, wie sie unserer Meinung nach sein soll. Wir eröffnen

auch im Stadtteil kein Büro oder einen „Laden“, da sich die Bewohnerschaft mit dem Träger – egal, welcher Couleur – im Regelfall nicht identifiziert (Stichwort: Kolonialisierung der Lebenswelten). Sofern im Laufe des Aktivierungsprozesses von Seiten der Bewohnerschaft ein Bedarf artikuliert werden sollte, können wir sie dabei unterstützen, dass sie eigene Räumlichkeiten bekommen. Wir diskutieren in der ersten Aktivierungsphase mit den Bewohner/innen nicht darüber, was richtig oder verkehrt ist. Wir versuchen z.B. in offenen Gesprächen herauszufinden, was ihnen unter den Nägeln brennt, welche Wünsche und Bedürfnisse (= Eigeninteresse) sie haben und was sie bereit sind, selbst für die notwendig erachteten Verbesserungen zu tun. Es geht dabei nicht um allgemeine Probleme, sondern um konkrete Themen, die gewinnbar sind. Im weiteren Verfahren wirken wir darauf hin, dass

- interessierte Bewohner/innen zusammenkommen und einen Aktionskern bilden, der auf Dauer zusammenarbeitet;
- über Konsensfindung und Bildung von Prioritäten aus Eigeninteressen gemeinsame Interessen werden;
- Entscheidungsabläufe und Verantwortlichkeiten abgestimmt und erste Absprachen getroffen werden, wie die gewünschten Veränderungen gemeinschaftlich umgesetzt werden können.

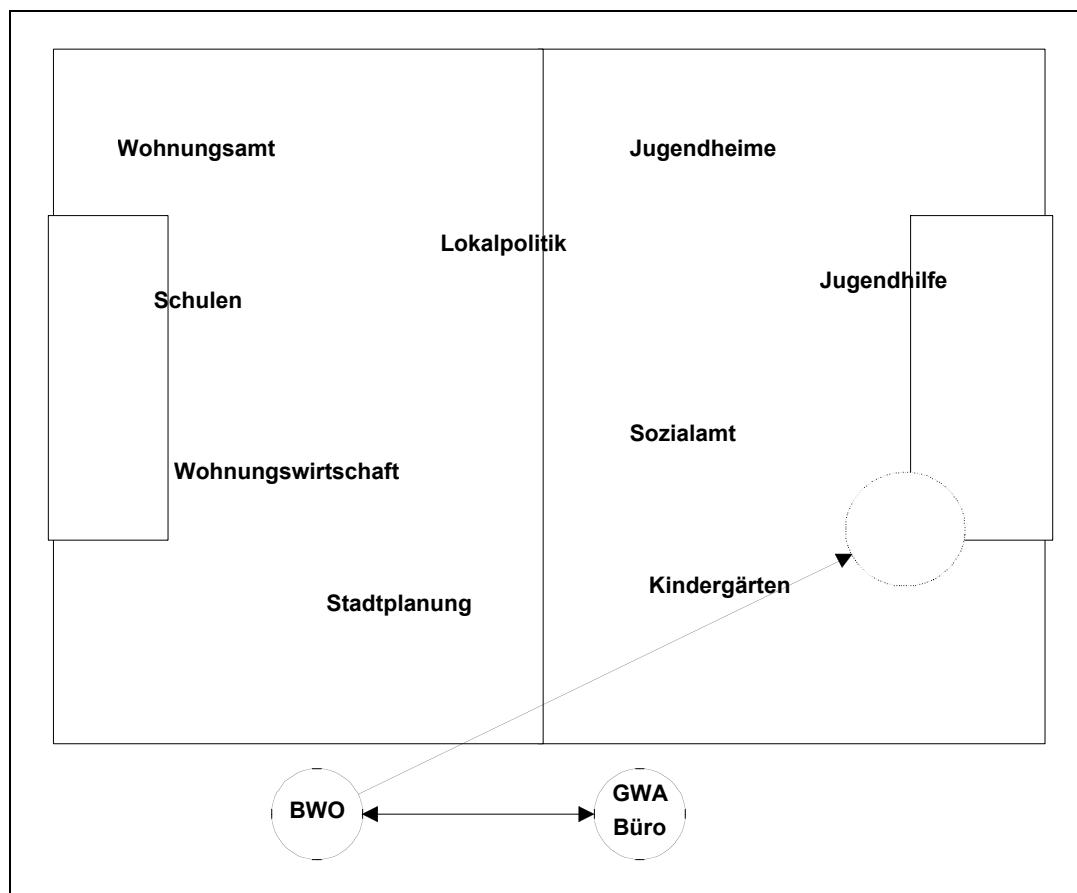


Eigenes Programm der Bewohnerschaft = Bürgerprogramm

Aus den konsensfähigen Interessen entsteht ein Programm (= Bürgerprogramm), mit dem sich möglichst viele Bewohner/innen in einem Gebiet identifizieren können und was Perspektive sichtbar macht.

Es handelt sich dabei um konkrete Themen, die von der Beseitigung gravierender Wohnungsmängel über die Verweigerung ungerechtfertigter Nebenkosten- Nachforderungen bis zur Durchführung von Ferienspielaktionen oder der Schaffung besserer Einkaufsmöglichkeiten in Wohngebietsnähe reichen.

Bei der Umsetzung des Bund-Länder-Programms hat sich gezeigt, dass ein von der Bewohnerschaft aufgestelltes Bürgerprogramm nicht immer mit dem von der Stadt aufgestellten Handlungsprogramm kompatibel ist und zu Zielkonflikten führen kann. Mit Unterstützung des städtischen Projektbüros konnten jedoch verschiedene Vorhaben auch im sozialen Bereich auf den Weg gebracht und über das Bund-Länder-Programm gefördert werden, was auf Grund der knappen Finanzen über den städtischen Haushalt kaum möglich gewesen wäre, z.B. die Finanzierung der Hausaufgabenhilfe oder die Übernahme der Mietkosten für Bürgervereinsräume.



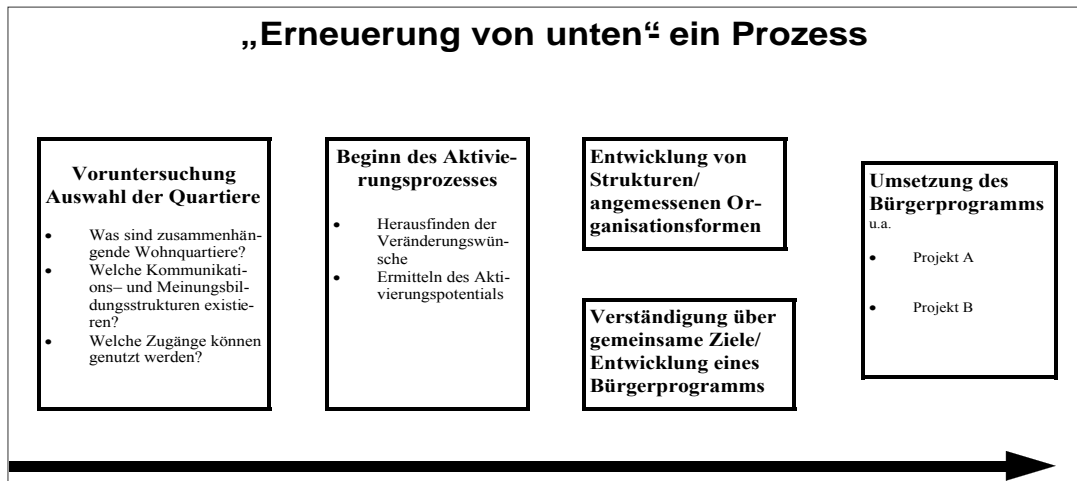
Spürbare Verbesserungen für die Bewohnerschaft

Die Aktivitäten der Bewohnerorganisationen haben für die Bewohner und die verschiedenen Wohnquartiere zu spürbaren Verbesserungen geführt und Effekte erzielt, die auch für die Kommune von nicht unerheblichem Nutzen sind. Beispielhaft sind zu nennen:

1. Materielle Verbesserungen und größere Wohnzufriedenheit durch ge-

wonnene Mietkonflikte, Beseitigung von Wohnungsmängeln, Korrektur von fehlerhaften Nebenkosten-Abrechnungen, Abwendung von Räumungsklagen, erfolgreiches Vorgehen gegen Mietpreisüberhöhung und Mietwucher, Verhinderung von Nachverdichtung, Umsetzung einer sozialverträglichen Modernisierungsstrategie, Kostenreduzierung durch neues Müllkonzept für Hochhäuser

2. Verbesserung der Infrastruktur im Bereich Wohnumfeld, Bau eines großen Spielparks, Verkehrsberuhigung, Erhalt von Frei- und Spielflächen, Schaffung eines Bürgerparks, Errichtung einer Kleingartenanlage, Stadtrandgärten für türkische Bewohner/innen, Errichtung einer Spielanlage mit den Pächter/innen der Stadtrandgärten, günstigere Einkaufsmöglichkeiten in Wohnquartiersnähe
3. Verbesserung der Nachbarschaft und des Gemeinschaftsgefühls sowie gegenseitiger Hilfe im Alltag, Organisation von Festen und Ferienspielen, Schaffung und Unterhaltung von Treffpunkten, Hausaufgabenhilfen als integriertes Angebot, Frauentreffs, wohnortsnah (Bildungs-) Angebote für Kinder und Erwachsene
4. Verbesserung des Zusammenlebens verschiedener Kulturen und Altersgruppen durch die von den Bewohnerorganisationen geschaffenen neuen Begegnungs- und Beteiligungsmöglichkeiten
5. Mehr Eigeninitiative, z.B. Mitarbeit bei der Erstellung und Unterhaltung von Spielplätzen, regelmäßige wöchentliche Sprechstunden, Mitarbeit in den Arbeitsgruppen, Übernahme von Vertreterpositionen, Vorbereitung und Durchführung von Aktionen
6. Einsatz für mehr Gerechtigkeit anhand von konkreten Themen vor Ort, Stärkung des Rechtsbewusstseins, nicht nur Recht haben, sondern sie auch bekommen, Ankopplung ans Rechtssystem
7. Entwicklung von „Hilfe auf Gegenseitigkeit“ und mehr Verantwortung für das Gemeinwesen



Ausreichende Beratungsressourcen

Gerade Bevölkerungsgruppen in benachteiligten Gebieten brauchen eigene Formen für Zusammenkünfte, Interessensaustausch und gemeinsames Handeln. Über herkömmliche Beteiligungsangebote allein werden sie nicht erreicht. Das hapert oft schon an der Sprache, z.B. Dialekt kontra Mittelschichtssprache. Programmatisch wird im Bund-Länder-Programm der Bürgerbeteiligung und –aktivierung bis hin zum Aufbau „selbsttragender Bürgerorganisationen“ ein hoher Stellenwert eingeräumt. De facto sind die dafür zur Verfügung stehenden Res-

sourcen jedoch oft nicht ausreichend, wenn sie unter das Quartiersmanagement subsumiert werden, das noch andere Aufgaben hat. Es ist deshalb sinnvoll und empfehlenswert, wie in Düren einen freien Träger, der nicht Teil der Verwaltungsstruktur ist, speziell mit dem Aufbau von Bewohnerorganisationen zu beauftragen und daneben separat ein städtisches Projektbüro einzurichten, das für die Koordination innerhalb der Verwaltung, die Abwicklung von Projekten und die Akquirierung der Fördermittel etc. zuständig ist.

Auszüge aus dem Vertrag zwischen der Stadt Düren und der Evangelischen Gemeinde zu Düren über die „Erteilung eines Auftrags zur quartiersbezogenen Aktivierung im Stadtteil“

Nach dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist die Aktivierung der örtlichen Potentiale und insbesondere der Aufbau „selbsttragender Bürgerorganisation“ grundlegende Voraussetzung für den erfolgreichen Ablauf der Stadterneuerung. Die Aufgabenteilung zwischen dem Projektbüro/Stadt Düren und dem GWA-Büro/Evangelische Gemeinde zu Düren orientiert sich an dieser Zielvorgabe:

- Das Projektbüro betreibt ein projekt- und maßnahmenbezogenes Stadtteilmanagement.
- Das GWA-Büro setzt die Aktivierungsarbeit, den Aufbau und die Beratung von Bewohnerorganisationen fort.

Je nach Entwicklungsstand der Aktivierung wird zwischen zwei Kategorien von Gebieten unterschieden:

- a Gebiete, in denen die Primäraktivierung des GWA-Büros noch nicht abgeschlossen ist,
- b Gebiete, in denen aus der Primäraktivierung Bewohnerorganisationen entstanden sind.

Es besteht Konsens darüber, dass in den Gebieten der Kategorie a Beteiligungsangebote seitens des Projektbüros den Prozess der Aktivierung beeinträchtigen können. Von daher werden dort bis zum Abschluss der Primäraktivierung keine Beteiligungsangebote an die Bewohner/innen gemacht. In den Gebieten der Kategorie b wird durch das GWA-Büro Organisationsberatung angeboten, um den Prozess des Aufbaus von angemessenen Organisationsformen und –strukturen zu unterstützen. Beteiligungsangebote des Projektbüros werden unmittelbar an die bestehenden Organisationen gerichtet. Vierteljährlich findet zwischen der Projektgruppe und dem GWA-Büro ein Informationsaustausch statt.

Wenn Bewohnerschaften zum Akteur werden sollen, bedarf es eines eigenständigen Prozesses, der Raum und Zeit braucht und der auf Seiten der Bewohner/innen eigenen Bedingungen (Freizeit/nicht Arbeitszeit) unterliegt. Wird er zu sehr oder zu früh von außen gestört, kommt es zu Brüchen und Zielkonflikten. Von professioneller Seite ist dafür ein eigenständiger Arbeitsansatz erforderlich, der vom GWA-Büro seit Jahren in verschiedenen Dürener Stadtteilen erprobt und weiterentwickelt wird.

Thesen für den Workshop

These 1

Nach dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt soll neben der Lokalpolitik, der Stadtverwaltung, Wohnungsbaugesellschaften und örtlichen Institutionen auch die Bewohnerschaft zum Akteur werden. In benachteiligten Stadtteilen gibt es die Bewohnerschaft als „handlungsfähiges Subjekt“ jedoch im Regelfall nicht.

These 2

Die Bewohnerschaft eines Wohnquartiers wird erst dann zu einem handlungsfähigen Akteur, wenn sie eine eigenständige Interessenvertretung = Bewohnerorganisation aufbaut, mit der sie sich identifizieren kann. Es handelt sich dabei um eine Organisation, die von der Bewohnerschaft selbst getragen wird und eine repräsentative Vertretung des jeweiligen Wohnquartiers darstellt.

These 3

Im Laufe des Organisationsprozesses entstehen auf Wohnquartiersebene neue Kommunikations-, Kooperations- und Entscheidungsstrukturen, die eine nachhaltige Wirkung für die Quartiersentwicklung haben und den Gemeinwesenenaufbau befördern.

These 4

Handlungsleitend für eine Bewohnerorganisation sind die konsensfähigen Interessen, die in einem Bürgerprogramm zusammengefasst werden. Bewohnerorganisationen vertreten nicht nur ihre eigenen Interessen und wollen spürbare Verbesserungen für ihr Wohnquartier erzielen. Sie werden auch zu einem bedeutsamen Gegenüber (Verhandlungs-/ Kooperationspartner) für die Lokalpolitik und die Stadtverwaltung (Jugendhilfe, Sozial-/Wohnungsamt, Stadtplanung ...), in dem sie ihr Alltagswissen und ihre eigenen Ressourcen in die Quartiersentwicklung einbringen.

These 5

Wie in der PvO-Dokumentation dargelegt wurde, reichen herkömmliche Beteiligungsformen wie Runde Tische, Foren nicht aus, damit Bewohnerschaften in benachteiligten Stadtteilen zu Akteuren werden. Um den eigenständigen Prozess der Bewohnerorganisation in Gang zu setzen, bedarf es ausreichender professioneller Beratungskapazitäten, wobei auf Beraterseite ein spezielles Know-How und ein hohes Maß an Rollenklarheit entwickelt werden muss.

Diskussion

Im Workshop mit Hermann J. Schaaf, an dem 10 Personen teilnahmen, stellte der Referent zunächst den Arbeitsansatz des Büros für Gemeinwesenarbeit der Evangelischen Gemeinde zu Düren vor. Dabei ging er bereits im Kontext seines Vortrages auf konkrete Nachfragen der Teilnehmer/innen ein.

Nach der Mittagspause wurde eine weitergehende Diskussion über den Ansatz der Bürgeraktivierung durch zwei vorgegebene Fragen angeregt, zu denen die Teilnehmer/innen stichwortartige Beiträge auf Moderationskarten leisteten:

Frage 1: Welche Erfahrungen haben Sie mit Bürgeraktivierung gemacht?

- abhängig von sozialem und kulturellem Kapital
- Menschen kommen auf (unkonventionelle) Ideen
- kann viel Spaß machen
- Gefahr der Alibi-Veranstaltung
- «Aller Anfang ist schwer»
- Einfühlen in unterschiedliche Mentalitäten notwendig
- braucht Zeit
- bestimmte Bewohnergruppen lassen sich schwer aktivieren
- Resignation der Bewohner/innen (es passiert nichts) => Wegzug
- Bedenken der Politik, Dinge nicht steuern zu können
- keine Unterstützung durch Politik
- Ohnmacht der Bürger: man kann eh nichts tun!
- Überzeugungsarbeit schwer in der Politik
- Fragebogenaktion zur Aktivierung von Senioren/innen für ein Stadtteilzentrum : Vorgaben nötig!
- zu hohe Ansprüche
- Bewohner/innen lassen sich schwer in die vorhandenen Entscheidungsstrukturen einbinden
- positive, weil ...
 - Verantwortung übernommen wird
 - Kontakte hergestellt/ vertieft werden
 - Qualität des Lebens steigt
 - demokratische Spielregel
- wenig, weil ...
 - Bürger/innen nicht im Mittelpunkt der Aktivitäten
 - kein Bewusstsein bei den Programmgestaltern
 - lokale Politik Angst vor Machtverlust
 - Vertretungshandeln praktiziert wird

- Bewohner/innen lassen sich schwer in die vorhandenen Entscheidungsstrukturen einbinden

Frage 2: Was sind aus Ihrer Sicht notwendige Bestandteile einer nachhaltigen Bürgeraktivierung?

- Politische Unterstützung
- Einbau in den Verwaltungsprozess
- Institutionalisierung => Identifikation
- Belange der Bürger/innen annehmen!
- Bürger/innen ernstnehmen
- Entscheidungsmacht muss an Bürger/innen abgegeben werden
- Räume
- tatsächlich vorhandener Entscheidungsspielraum und Einflussmöglichkeiten
- Identifikation mit dem Wohngebiet
- Bewohner/innen müssen sich angesprochen fühlen
- Verhinderung der Fluktuation im Stadtteil
- Unterstützung der Verwaltung/ Politik
- politischer Wille
- Prinzipien/ Grundsätze
- Vision
- finanzielle Grundausstattung
- Coaching/ Beratung
- Menschen sind wichtig, jede/r
- Verantwortung übertragen
- Langmut
- Vertrauen
- gesamtheitliche gesellschaftliche Sicht
- Spielregeln

Die weitere Diskussion konzentrierte sich auf einige für die nachhaltige Bürgeraktivierung besonders bedeutsame Aspekte:

■ Schaffung von Problembewusstsein / bottom-up-Ansatz

Für eine dauerhafte Bürgeraktivierung ist es erforderlich, dass sich das Gemeinwesen ausgehend von den Bedingungen im Quartier von unten nach oben entwickelt. Ein aus einem solchen Bottom-up-Ansatz erwachsendes Bürgerprogramm steht aber möglicherweise in einem Zielkonflikt mit einem bereits existierenden Handlungsprogramm mit Top-down-Ansatz.

■ Wie lässt sich ein erfolversprechender Anfang für eine Bürgerbeteiligung finden?

Wie die Erfahrung eines Workshopteilnehmers mit einer Fragebogenaktion für die Seniorinnen und Senioren eines Quartiers belegte, ist das anonyme Verteilen von Fra-

gebogen kein geeignetes Mittel, um eine größere Resonanz zu erzielen, jedenfalls dann nicht, wenn zuvor noch kein Kontakt zur Bewohnerschaft aufgebaut worden ist. Erfolgversprechender ist da die klassische Methode der aktivierenden Befragung, bei der im Rahmen von jeweils ca. einstündigen Gesprächen Veränderungswünsche von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern erhoben und im Rahmen einer Veranstaltung öffentlich dargestellt werden. Hierdurch kann der erforderliche Impuls für eine Bürgeraktivierung gesetzt werden.

Thematisiert wurde allerdings auch der mit einem solchen Befragungsansatz verbundene hohe (Kosten)aufwand.

■ **Beteiligung aller relevanten Bevölkerungsgruppen im Quartier**

Damit Bürgeraktivierung dauerhaft gelingt, ist es erforderlich, dass alle im Quartier wohnenden relevanten Bevölkerungsgruppen hieran beteiligt sind (z.B. Familien mit Kindern ebenso wie Singles). Vorbedingung hierfür ist eine entsprechende strukturelle Analyse der Bewohnerschaft sowie die konkrete Ansprache noch nicht aktivierter Gruppen.

■ **Positive Effekte der Bürgeraktivierung für Bewohner/innen, Verwaltung und Politik herausstellen**

Um die erforderliche Akzeptanz für Bürgeraktivierung zu schaffen, muss sowohl den Bewohnerinnen und Bewohnern als auch den beteiligten Stellen in Verwaltung und Politik der konkrete, vielfach auch ökonomische Nutzen dieses Ansatzes verdeutlicht werden (so führt z.B. eine funktionierende Mülltrennung zu verringerten Kosten für die einzelnen Haushalte).

■ **Klare Zielvorgaben**

Damit Bürgerbeteiligung gelingt, ist es unerlässlich, dass immer wieder klare Ziele (z.B. die Beteiligung einer genau bestimmten Personenzahl an einer öffentlichkeitswirksamen Aktion) formuliert werden, deren Erreichung in die Verantwortung der Bewohnerschaft gelegt wird. Hierbei muss auch die Übernahme von Verantwortung verbindlich eingefordert werden, Quartiersentwicklung darf nicht den Fehler machen, zu viele Aufgaben selbst zu übernehmen. Gemeinwesenarbeit sollte vielmehr als unterstützende Organisationsberatung praktiziert werden.

■ **Erforderliche Ressourcen**

Um eine nachhaltige Bürgeraktivierung zu initiieren, sind Zeit, Interesse, Motivation und positive Emotionen (Bürgerbeteiligung muss Spaß machen!) vonnöten.

■ **Stadtteilbüro – ja oder nein?**

Die Einrichtung eines Stadtteilbüros durch die Quartiersentwicklung wurde vom Referenten skeptisch beurteilt. Häufig würde dies von den Bewohnerinnen und Bewohnern des Quartiers als «Kolonialisierung der Lebenswelt» empfunden.

Weitere Informationen:

www.stadtteilarbeit.de/Projekte/Hermann.J.Schaaf

Hermann J. Schaaf
Gemeinwesenarbeit der
Ev. Gemeinde zu Düren
Schenkelstr. 7
52349 Düren

Tel.: 02421 / 188-169

Fax: 02421 / 188-188

E-Mail: hermann.schaaf@evangelische-gemeinde-dueren.de